

NIEDERSCHRIFT

über die 12. Sitzung (Sondersitzung) des Jugendhilfeausschusses

| | |
|------|---|
| vom: | 02.04.2001 |
| von: | 15.00 Uhr |
| bis: | 16.55 Uhr |
| Ort: | Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal |

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeaussuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter - bis 16.45 Uhr -
Stv Katz, Reinhilde
AM Klein, Marc - für Stv Elter, Uwe -
Stv Kleine, Sancho-Antonio
AM Leonhardt, Traugott
Stv Rujanski, Detlef
Stv Sintzen, Gerlinde
AM Stinner, Gabriele - für AM Kesting, Stefan -

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese
AM Löwenberg, Horst

III. Von den Jugendverbänden:

Stv Lauble, Wilhelm
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter -

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
Stv Al-Omary, Falk
AM Fenster, Klaus - bis 16.15 Uhr -

Stv Groß, Michael
AM Gürke, Volker - bis 16.20 Uhr -
AM Pastor Klein, Horst - ab 15.40 Uhr -
AM Schneider, Martina
AM Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker ab 16.20 Uhr -
Stv Tielsch, Ingrid

V. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Reinhard Wüst - Regionalleiter Ev. Jugendhilfe Friedenshort -

VI. Als Zuhörer:

AM Peter, Ute
AM Schiltz, Ingmar
AM Schollmeyer, Wolfgang - bis 16.20 Uhr -

VII. Von der Verwaltung:

VA Juchems-Voets
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
VA Liedtke
VA Roth
VA Schnasse
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Elter, Uwe
AM Kesting, Stefan
AM Max, Christian
AM Westerholt, Günter

Entschuldigt fehlten:

AM Berger, Joachim
AM Lorenz, Gerd Rainer

Zur Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung um einen öffentlich zu beraten-den Punkt VERSCHIEDENES zu ergänzen.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Leonhardt bestimmt.

12. JHA 02.04.2001

2. Entwicklung der Hilfen zur Erziehung

Vorlagenr. 1039/01 - Vorlage vom 14.03.2001 -

In Zeiten finanzieller Not bedarf es einer Feinsteuerung, um vorhandene Gelder möglichst zweckdienlich einzusetzen, so Herr Dr. Rohr. Zu klären ist die Frage, wie die möglichen Hilfestellungen die Betroffenen optimal erreichen. Die Hilfen zur Erziehung sind nur ein Aspekt des Aufgabenspektrums der Jugendverwaltung mit dem übergeordneten Ziel, jedem Kind / Jugendlichen gleiche Startchancen ins Leben zu ermöglichen. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) beschreibt als *Leistungs-*gesetz individuell einklagbare Rechte.

Ein Anstoß des Hilfesystems geschieht in der Regel durch einen Hinweis der an der Erziehung beteiligten Personen, wie z. B. Eltern und Lehrer. Das Hilfeprogramm geht vom Beratungsgespräch, der Erstellung eines Hilfeplanes (unter größtmöglicher Beteiligung der Erziehungsberechtigten) über ambulante / teilstationäre Hilfen bis hin zur Heimunterbringung als

Ultima Ratio. Präventionsmaßnahmen sind als vorrangig anzusehen, da hierdurch mittel- bis langfristig erhebliche Folgekosten ein-zusparen sind.

Gründe für die Kostenentwicklung im Sozial- und Jugendhaushalt sind zum einen die zunehmende Individualisierung und zum anderen das Wegbrechen gesellschaft-licher Großinstitutionen einhergehend mit einer Änderung der Lebensvorstellungen. Dennoch sind die Kostensteigerungen nicht als überproportional gegenüber anderen Haushaltsbereichen zu bewerten.

Erhebliche monetäre Einsparungen ergeben sich aufgrund der mittlerweile hervor-ra-genden Form der Zusammenarbeit freiwilliger und öffentlicher Träger. Besonders hervorzuheben sind diesbezüglich zwei Maßnahmen:

- die noch abzuschließenden Leistungsverträge mit freien Trägern
- Präventivmaßnahmen (KIJUFAZ / K 52).

Mit diesen Mitteln können die gesetzlichen Hilfen im pflichtigen Bereich, auf die keine Einflussnahme möglich ist, künftig in Grenzen gehalten werden. Auch wenn die gesellschaftliche Entwicklung nicht aufzuhalten ist, so konnte in Siegen eine Ghetto-bildung bislang dennoch erfolgreich verhindert werden.

Die Jugendarbeit ist zwar kostenintensiv, trotzdem bezeichnet er den eingeschla-genen Weg als richtig, zumal die Entwicklung der Jugendlichen / der Kinder ohnehin mit höherer Priorität zu sehen ist.

Frau Juchems-Voets legt dar, dass im KJHG die Rechte der Jugendlichen nieder-gelegt sind. Ein solchermaßen normiertes Anrecht auf Erziehung und Förderung kann nicht als selbstverständlich gesehen werden, wenn man sich das Weltgesche-hen vor Augen hält. Das Gesetz beinhaltet eine besondere Verantwortung gegen-über den Kindern und Jugendlichen, die in Notsituationen der Unterstützung bedür-fen, um in die Gesellschaft integriert zu werden. Die Erziehungsaufgaben können sich nicht allein auf die Familien beschränken, die hierdurch überfordert wären.

Die durch den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) derzeit geleisteten Hilfen zur Er-ziehung greifen meist erst dann, wenn bereits Konfliktsituationen vorliegen. Künftig ist erhöhte Aktivität im Präventionsbereich erforderlich.

Eine Hilfestellung sollte stets unter dem Motto „Soviel wie nötig, so wenig wie möglich“ stehen. Sie ist im Prozess dem veränderten Bedarf anzupassen.

Die begrenzten Ressourcen erfordern ein sorgsames und effizientes Haushalten mit den vorhandenen monetären Mitteln.

Lobend erwähnen möchte sie das Programm „Familie aktiv“, aber auch die zahlrei-chen Pflegefamilien in Siegen, denen sie in diesem Rahmen für ihre verantwor-tungsvolle Tätigkeit dankt.

Die gesetzlichen Aufträge aus dem KJHG sind wirksame Mittel, die berechtigten Schutzinteressen Benachteiligter in der Gesellschaft zu wahren.

Unter Zuhilfenahme einer Bildschirmpräsentation erläutert Herr Liedtke ausführlich die Verwaltungsvorlage und den dazugehörigen Bericht „Hilfen zur Erziehung - Grundlagen, Ursachen, Entwicklung, Maße-maßnahmenempfehlungen -“.

Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass die in der Stadt Siegen zu verzeichnende Kostenentwicklung im Vergleich zu derjenigen bei Bund und Land als gut zu be-werten ist. Entgegen den dortigen Entwicklungen konnte in Siegen eine Minderung gegenüber den 1995 entstandenen Kosten verzeichnet werden. Ursächlich hierfür ist zu sehen, dass die Zahl stationärer Unterbringungen zugunsten der ambulanten / teilstationären Hilfemaßnahmen rückgängig ist. Durch eine vorteilhafte Verteilung der Betreuungsorte können erhebliche Fahrtkosten eingespart werden.

Nachfolgend gibt er umfangreiche Informationen zur Geschlechter- und Altersauf-teilung und zu den Kostenstrukturen der Betreuungsfälle.

Ein erheblicher Missstand ist darin zu sehen, dass im ASD die EDV-Ausstattung als mangelhaft zu bezeichnen ist.

Herr Wüst unterbreitet der Verwaltung ein Kompliment für den dezidierten und aus-führlichen Bericht. Mögliche Hilfestellungen stehen im Spannungsfeld zwischen Qualitätsforderungen und Kosteneinschränkungen. Zu prüfen sind Einsparungsmög-lichkeiten ohne Qualitätsverlust. Ein finanzieller Spielraum zugunsten pädagogischer Qualifizierung ist zu schaffen.

Die heutige Problemstellung ist nicht neu: Ergebnis des Ev. Erziehungsverbandes 1977 in Karlsruhe war bereits, dass die Kosten im Jugendhilfebereich als Folge schmerzhafter Prioritätsentscheidungen überproportional steigen. Wie heute wurde auch seinerzeit resümiert, dass der Erfolg der Jugendhilfe abhängig davon ist, was von Eltern bzw. Gesellschaft vorgelebt wird.

Ausführlich geht er auf die geschichtliche Entwicklung der damaligen „Heimat für Heimatlose“ zum heutigen „Friedenshort“ ein. Derzeit werden 180 junge Menschen betreut. Die mit den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe abgestimmte Angebots-struktur ist breit gefächert. Neben zahlreichen ambulanten Angeboten wird auch ein stationärer Bereich vorgehalten. Betreut wird in Klein-, aber auch in Tagesgruppen. Vergleichbar mit der Arbeit der Pflegefamilien gibt es sogenannte Erziehungsstellen. Weiterhin steht die Erziehungsberatungsstelle der Stadt Siegen in Trägerschaft der Ev. Jugendhilfe Friedenshort.

Auch hier wird die Auffassung vertreten, dass eine stationäre Unterbringung subsidiär sein sollte. Statt Heimunterbringungen vorzunehmen, ist zu überlegen, zur Übernahme welcher Teilaufgaben die Erziehungsberechtigten selbst fähig sind. Diese Bereiche sind im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe möglichst weit auszudehnen. Anhand eines konkreten Fallbeispiels zeigt er auf, dass im Vergleich zur Heimunterbringung hierdurch erhebliche Einsparungen zu realisieren sind.

Er zeigt auf, dass das Programm „Familie aktiv“ nur dort funktionieren kann, wo die Erziehungsberechtigten Bereitschaft zeigen, sich selbst aktiv am Hilfeprozess zu beteiligen.

Im stationären Bereich wurden in 2000 im Friedenshort 37 Plätze vorgehalten. 28 Neuaufnahmen stehen 24 Entlassungen gegenüber, die Fluktuation bedeutet eine enorme Belastung für die Mitarbeiter. Der größte Anteil der betreuten Jugendlichen ist zwischen 12 und 18 Jahren alt, er besteht zu nahezu gleichen Teilen aus Mädchen und Jungen. Bei 14 der o. g. 37 Unterbringungen beträgt die Verweildauer derzeit weniger als 1 Jahr, ebenfalls bei 14 weniger als 3 Jahre, bei 9 ist die Unterbringungsdauer von 3 Jahren überschritten.

In den Wohngruppen sind junge Menschen untergebracht, die durch das Regelangebot nicht auffangbar sind. Eine Wohngruppe besteht aus 9 Kindern / Jugendlichen und durchschnittlich 4,2 pädagogisch ausgebildeten Mitarbeitern, die im ganzen Jahr rund um die Uhr im Einsatz sind. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften ist zwar kostenintensiv, der Erfolg zeigt jedoch deutlich, dass deren Arbeit ihren Preis wert ist. Die Kosten für die Unterbringung einer Person in einer Wohngruppe betragen z. Z. pro Tag 233,26 DM (184,77 DM Personalkosten = 79 %, 48,49 DM Sachkosten = 21 %). Der Dienst der im stationären Bereich tätigen Mitarbeiter erfordert Solidarität seitens der Gesellschaft, da aufgrund der erforderlichen fachlichen und menschlichen Kompetenz ein äußerst hoher Anspruch gestellt wird.

Frau Klein bedankt sich für das gute Nachschlagwerk in Form des Berichtes.

Selbst für Nichtfachleute ist der Bericht klar und gut verständlich, so Frau Tielsch. Sie bezeichnet als bemerkenswert, was sich in kürzester Vergangenheit in Siegen entwickelt hat und benennt insbesondere die Eröffnung des KIJUFAZ. Das Projekt „Eltern aktiv“ ist in besonderer Weise geeignet, Erziehungsberechtigte zu motivieren, die ihnen obliegende Verantwortung soweit wie möglich zu übernehmen. Erneut ist dokumentiert, dass die Schulsozialarbeit, wie sie bisher in Siegen praktiziert wird, unverzichtbar ist.

Herr Löwenberg möchte wissen, was mit den Kindern und Jugendlichen passiert, wenn sie aus einer stationären Unterbringung entlassen werden können. Der Bericht verdeutlicht, dass die Leistungen im freiwilligen bzw. im pflichtigen Bereich schwer zu trennen sind. Er bewertet als gut, dass der Bericht tiefere Einblicke in beide Bereiche gibt. Wichtig ist die Feststellung, dass freiwillige Leistungen einer mittelfristigen Senkung von Ausgaben im pflichtigen Bereich dienen.

Auf Frage von Herrn Löwenberg führt Frau Juchems-Voets aus, dass nach einer Entlassung von Kindern bzw. Jugendlichen aus einer Heimunterbringung in die Familien weiterhin ambulante Hilfen zu erbringen sind. Diese bemessen sich auf Grundlage von durchgeführten Beobachtungen.

Sie wird die Anregung von Herrn Löwenberg aufnehmen, Einnahmezahlen im Bundes- und Landesvergleich zu recherchieren.

Vor dem Hintergrund, dass auf die gesellschaftlichen Entwicklungen kaum Einfluss genommen werden kann, wünscht Herr Rujanski Überlegungen dahingehend, welche Möglichkeiten bestehen, um dem zumindest tendenziell entgegenzutreten. Der Bericht und die heutigen Redebeiträge machen deutlich, dass die geleistete Arbeit in Siegen im Bundes- und Landesvergleich als erfolgreich zu bewerten ist.

Die Forderung zur Bildung eines Unterausschusses „Hilfen zur Erziehung“ trägt er mit.

Seines Erachtens sind in der Betrachtung tiefergehende Überlegungen zum Pflegekinderwesen erforderlich.

Herr Kleine führt aus, dass eine Entscheidung am heutigen Tage zwar nicht getroffen werden braucht, Konsequenzen dürfen jedoch nicht ausbleiben.

Hilfen zur Erziehung werden nur zu einem kleinen Teil von ausländischen Jugendlichen in Anspruch genommen, dies zeigt seines Erachtens deutlich, dass die Strukturen in ausländischen Familien gut funktionieren.

Sollten durch Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung spätere Einsparungen erzielt werden, so sind diese auf jeden Fall im Jugendbereich zu investieren.

Die beiden vorgeschlagenen Maßnahmen „Bildung eines Unterausschusses Hilfen zur Erziehung“ und Anschaffung einer auf die fachspezifischen Aufgaben des ASD angelegten EDV-Ausrüstung sollten in diesem, spätestens jedoch im nächsten Jahr realisiert werden.

Er resümiert, dass im Bereich der Familienpolitik viel Handlungsbedarf besteht, wenn die Erfolgsaussichten nachweislich so gut sind.

Wichtig ist Herrn Groß die Feststellung, dass die bisher befürchtete Kostenexplosion nicht wahrscheinlich ist. In Siegen hat vielmehr ein günstiges, differenziertes und zweckmäßiges System gegriffen. Eventuelle Änderungen hieran zur Realisierung weiterer Einsparungsmöglichkeiten sind daher sehr sorgfältig zu bedenken, um den erreichten Status quo nicht zu verschlechtern. Über die Vorlage hinaus gibt es weiteren Diskussionsbedarf zu den Punkten Beschäftigungspolitik (erfordert Aktivität der Verwaltung und der politischen Mandatsträger) und zur Rolle der Schulen.



Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Bis zur nächsten oder übernächsten Sitzung wird der Bericht in den Fraktionen auch aus finanzpolitischer Sicht diskutiert. Für eine dieser beiden Sitzungen wird eine Vorlage mit dem Thema „Einrichtung eines Unterausschusses Hilfen zur Erziehung“ als Basis für die konkrete Benennung der Mitglieder erstellt. Die anderen im Bericht unterbreiteten Vorschläge werden im Jugendhilfeausschuss im Laufe dieses Jahres erneut thematisiert.

12. JHA 02.04.2001

VERSCHIEDENES

1. Herr Dr. Rohr informiert, dass sich der Baubeginn für die Maßnahme K 52 voraussichtlich bis zu den Sommerferien dieses Jahres hinauszögert, da vorher mit einer Genehmigung des Haushaltes 2001 nicht zu rechnen ist. Die Baupläne sind mittlerweile fertiggestellt und werden in der nächsten Sitzung präsentiert.

12. JHA 02.04.2001

2. Herr Fischer gibt einen Bericht zum Sachstand „Elternbeiträge für die Betreuung von Schulkindern in großen altersgemischten Gruppen“. Ein Vermerk hierüber ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

12. JHA 02.04.2001

3. Auf Frage von Herrn Leonhardt antwortet Herr Fischer, dass die Verhandlungen bezüglich der Leoschule noch nicht abgeschlossen sind.

12. JHA 02.04.2001

4. Presseberichten zufolge ist die Einrichtung Birkenweg derzeit eine „Gift-ruine“, so Herr Leonhardt.

Herr Fischer führt aus, dass eine Gesamtsanierung vorgesehen ist. Proben wurden vorgenommen und Untersuchungen durchgeführt. Die letzte Gesprächsrunde von Experten hat am 23.03.2001 stattgefunden. Da ihm keine Ergebnisse bekannt geworden sind, geht er nicht von dramatischen Zuständen aus, die umgehenden Handlungsbedarf erfordern. Die Eltern werden in einer Versammlung über die Ergebnisse der Prüfung und auch über den Bauzeitenplan für die Gesamtsanierung informiert.

12. JHA 02.04.2001

5. Herr Schmidt teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses im Ratsaal Siegen mit anschließendem Umtrunk im Bistro Zeughaus stattfinden wird.

12. JHA 02.04.2001

Siegen, den

Siegen, den

Ausschussvorsitzender

Ausschussmitglied

Siegen, den

Schriftführer